

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Ost- u. Westdeutschland 10 M. im voraus zahlbar. Für Vorkasse nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Schreibband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Danzig, das Elsaß u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 90 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 50/51.

Die schlagzeilige Kopierzeile über deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das setzgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Deutsche Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das setzgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das neue italienische Kabinett

Die Ministerliste

Rom, 4. Juli.

Vorausichtlich wird das Kabinett Bonomi wie folgt zusammengeleitet sein: Bonomi Vorsitz und Inneres; Marquis Della Torretta Auswärtiges; Gasparotto Kolonien; Fera Justiz; Rodino Krieg; Senator Schanzer Marine; Denava Schah; Soleri Finanzen; Senator Croce Unterricht; Bertini öffentliche Arbeiten; Beneduce Arbeit; Raineri besetzte Gebiete; Guisarda Post und Telegraphen; Mauri Ackerbau und Industrie.

Die Liste umfaßt drei Reformisten, drei Populare, zwei Sozialdemokraten, vier liberale Demokraten und ein Mitglied der Rechten. Della Torretta und Croce stehen außerhalb der Partei. Die amtliche Bekanntmachung über das Kabinett dürfte heute nachmittags erfolgen.

Die in der Ministerliste genannten „Sozialdemokraten“ haben mit der sozialistischen Partei Italiens nichts zu tun. Es handelt sich um die Angehörigen einer bürgerlichen Partei, die sich soziale Demokraten nennen und aus der früheren radikalen Kammergruppe hervorgegangen sind. Wie weiter aus Rom gemeldet wird, soll zwischen den Faschisten und Sozialisten ein Friedensabkommen getroffen worden sein. Dieser Friedenspakt soll, wie es heißt, die Einrichtung von Schiedsgerichten und die Verpfändung, die gegenseitigen Meinungen zu achten, vorsehen. Ob die Nachricht in dieser Form den Tatsachen entspricht, möchten wir bezweifeln. Denn es ist kaum anzunehmen, daß die Sozialisten mit den Faschisten, einer organisierten Verbrecherbande, Verhandlungen angeknüpft haben, weil dadurch die Verbrechen dieser Gesellschaft gewissermaßen sanktioniert würden.

Kein Appell an die Gewalt!

Der „Lokalanzeiger“ stellt mit Befriedigung fest, daß in der gestrigen Versammlung in der Philharmonie, die den Abschluß des Hilfsstags für Oberschlesien gebildet hat, die Ausführungen des Reichsanzlers Dr. Wirth an einer Stelle lebhaften Widerspruch erfahren hätten. Der Reichsanzler hat mit Recht darauf hingewiesen, daß das Schicksal Oberschlesiens in London, Paris, Rom und Washington entschieden werde. Und daraufhin wurde ihm zugerufen: „Auch in Berlin!“ Die Zwischenrufer können es sich also noch immer nicht vorstellen, daß der Weltkrieg für Deutschland verloren gegangen ist und daß die deutschen Militärs aus der internationalen Politik jetzt ausgeschaltet sind. Diese Leute lehnen selbstverständlich jede Verständigung über Oberschlesien ab und beharren sich immer noch an dem Wahn, daß mit Nachmittags das Land bei Deutschland erhalten werden könne. Demgegenüber muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß nur durch eine Politik der Verständigung die wirtschaftlichen und politischen Interessen Deutschlands ebenso wie Polens an Oberschlesien gefördert werden können und daß jeder Appell an die Gewalt nur dazu dient, die Gegensätze noch weiter zu verschärfen.

Von diesem Gesichtspunkte aus muß auch eine Erklärung verurteilt werden, die die vereinigten deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens an die Interalliierte Kommission gerichtet haben. Es wird darin die Befürchtung ausgesprochen, daß die für Oberschlesien angekündigte Amnestie nur dazu dienen werde, künftige Auffrischungen vorzubereiten. Es sollen zwar keine Vergeltungsmahnahmen gegen die große Masse des meistleuten polnisch gesinnten Volksteils erstrebt werden, aber mit allem Nachdruck müsse gefordert werden, daß die für den Zustand Verantwortlichen und die im Zustand an verantwortlicher Stelle tätig gewesenen Personen zur Rechenschaft gezogen werden, weil sie die Schuld an dem Verbrechen tragen, das an Oberschlesien verübt worden ist.“ Die Interalliierte Kommission müsse nach den Grundsätzen verfahren, die sie in ihrer feierlichen Erklärung vom 11. März 1920 verkündet habe. In einer Beantwortung dieser Erklärung wird noch gesagt, daß ein Teil der Interalliierten Kommission schon lange mit den Verbrechern gemeinsame Sache macht. Jetzt aber gelte für die ganze Interalliierte Kommission das Goethewort: Der Richter, der nicht strafen kann, gefessele sich endlich dem Verbrecher.“ Wenn die Interalliierte Kommission nach diesen Vorschlägen handeln sollte, so wird sie nur neue Märtyrer für den polnischen Nationalismus schaffen und gerade dadurch den Beginn einer dauernden Beruhigung verhindern.

Nationalbolschewismus in Oberschlesien

E.E. Paris, 4. Juli.

Radio meldet aus Beuthen hierher: Die Banden General Höfers sind wiederum in das geräumte Gebiet zurückgekommen. Blodny wurde unter Maschinengewehrfeuer genommen, eine Tatsache, die von der Kontrollkommission der I. A. festgestellt wurde. Seit einer Woche wird der Zustrom deutscher Kommunisten aus Berlin und Breslau festgestellt, die mit der Orgesch und dem deutschen Selbstschutz zusammenarbeiten wollen.

Die interalliierten Behörden verhafteten Mitglieder der Orgesch und Kommunisten, die eine Geheimfektion in Radowitz abhielten. Die deutschen Organisationen bemühen sich, Unruhen in der Abstimmungsjone hervorzurufen und den Eisenbahnverkehr zu unterbrechen.

Der Friede mit Amerika

Paris, 4. Juli.

Die „Chicago Tribune“ teilt aus Washington mit: Nachdem Präsident Harding die Friedensresolution unterzeichnet hat, wird die formelle Friedensproklamation in einigen Tagen erlassen werden. Durch sie wird der Kriegsgesetzgebung, dem Gesetz über den Handel mit dem Feinde und dem Gesetz über die Freiheitsanleihen ein Ende gemacht werden. Danach werden die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen und über einen Handelsvertrag verhandelt werden.

Wie „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, hat Senator Lodge auf eine Anfrage geantwortet, es sei nicht anzunehmen, daß der Versailler Vertrag in irgendeiner Form von dem Präsidenten Harding dem Kongress vorgelegt werden würde. Ueber die amerikanischen Truppen am Rhein sagte Senator Brandegee, ebenfalls auf eine Anfrage: Man sollte meinen, daß der Präsident die Truppen zurückziehen wird. Wenn er sie dort ließe, so würde das, wie mir scheint, als eine Kriegshandlung angesehen werden. Ich hoffe, daß sie zurückgezogen werden, aber es ist noch nichts entschieden.

Der Wiederaufbau

Der Wunsch nach deutscher Mitarbeit im zerstörten Gebiet Paris, 3. Juli.

Das Aktionskomitee für das Wiederaufbaugesbiet hat gestern eine Tagesordnung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, sofort alle erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, um die sogenannte rote Zone, die besonders stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, wieder aufzubauen, und, wenn nötig, die deutsche Mitarbeit anzurufen.

Die Senatskommissionen für Auswärtige Angelegenheiten und Finanzen treten am Mittwoch unter Vorsitz des Senators Poincaré zusammen, um Briand nochmals über die obereschlesische, die syrische und cilicische Frage sowie außerdem über den Zusammenbruch der Banque Industrielle de Chine zu hören.

Rußland und Frankreich

London, 4. Juli.

Nach einer Meldung der „Morning Post“ soll Krassin dieser Tage ein Verhandlungsangebot gemacht haben zwecks Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Frankreich und Rußland. Die französische Regierung soll diese Vorschläge entworfen zurückgewiesen haben. Krassin soll erklärt haben, daß die Sowjets eine ganze Reihe von Ermäßigungen des kommunistischen Regimes ins Auge gefaßt hätten, die ein Abkommen mit Rußland für Frankreich vollkommen annehmbar machen. „Morning Post“ fügt bei, daß Krassin an Lloyd George Forderungen auf Anerkennung der bolschewistischen Regierung gestellt habe als Ausgleich für neue Zugeständnisse an die bürgerliche Bevölkerung in Rußland.

Jagow und Schiffer

Wie verlautet, soll der Reichsjustizminister Schiffer dem Oberreichsanwalt den Auftrag gegeben haben, zu veranlassen, daß Herr v. Jagow nunmehr verhaftet werde. Nachdem Herr Jagow wiederholt öffentlich erklärt hat, daß er nicht krank sei, wird sich die Verhaftung kaum noch umgehen lassen. Herr Jagow erklärte allerdings leithin auch, er habe gegen ein Strafverfahren nichts einzuwenden, jedoch sei er kein Freund einer Untersuchungshaft. Es wird demnach damit zu rechnen sein, daß Jagow, wenn er jetzt verhaftet werden soll, nicht aufzufinden ist. Denn nicht nur Herr Jagow, sondern auch seine ehrenwerten Hintermänner stehen auf dem Standpunkt, daß die Untersuchungshaft für einen kasspirischen Hochverräter nicht schicklich ist. Sollte aber Jagow tatsächlich verhaftet werden, so darf damit für die Öffentlichkeit der Fall Jagow noch nicht erledigt sein. Denn wichtiger noch als dieser Fall ist der Fall Schiffer. Dieser Justizminister hat seine Pflicht größtenteils verlehrt, er hat mit irreführenden Behauptungen operiert und sich dadurch als Justizminister einfach unmöglich gemacht. In keinem anderen Lande der Welt würde ein solcher Mann auch nur noch einen Tag auf seinem Posten bleiben können. Wenn er nicht endlich selbst einseht, daß er im Interesse der politischen Sauberkeit zu verschwinden hat, wenn nicht, mit dem notwendigen Nachdruck Herr Schiffer zum Abgang gezwungen wird, dann steht eben die politische Stimmung in Deutschland unter dem Niveau eines Regierdorfs.

Ein großer Tag

Sonnabend fiel eine wichtige Entscheidung. Mit fieberhafter Spannung erwarteten die europäischen Hauptstädte die Nachrichten. Seit Wochen hatten die großen europäischen Zeitungen in ausführlichen und sachkundigen Artikeln auf das Ereignis hingewiesen, hatte die illustrierte Presse dafür gesorgt, daß die Züge dieser Vorkämpfer der Menschheit allen bekannt waren.

Am Tag der Entscheidung selbst hatten die großen Organe der öffentlichen Meinung alles vorgelehrt, um die Schicksalskunde mit größter Schnelligkeit zu verbreiten. In Paris, der Hauptstadt der Welt, dem Herzen Europas, war die Erregung am höchsten, aber kaum geringer in London und New York. Auf den Dächern vieler Zeitungshäuser waren Stationen für drahtlose Telegraphie errichtet, die abends die neuesten Nachrichten aufnahmen. „Matin“ und „Petit Parisien“ verkündeten dann die Entscheidung durch weithinstrahlende Lichtsignale; Sirenen heulten, Kanonen donnerten. So groß war die Erregung, daß sich viele an die Wahrsagerinnen gewandt hatten. Daß ihre Aussagen übereinstimmten, erhöhte allgemein die Zuversicht.

Ueber welche für die Menschheit großen Gegenstände wurde entschieden? Wir folgen der Darstellung des „Berliner Tageblatts“, das darüber das ausführlichste Telegramm aus London veröffentlicht, das es sich seit dem Friedensschluß geleistet hat.

Aus New Jersey City wird gemeldet: Der Boxkampf Carpentier—Dempsey fand heute unter ungeheurer Spannung statt. Carpentier als Herausforderer kam als erster in den Ring und wurde vom Publikum enthusiastisch begrüßt, wobei namentlich die französischen Zuschauer ihrem Landsmann eine wahre Ovation brachten. Carpentier war sehr gerührt und hob beide Hände in die Höhe, um seinen Dank zu bezeigen. Dann betrat der Amerikaner Dempsey den Ring und schüttelte seinem Gegner die Hand. Den beiden Meistern wurden dann vom Publikum stürmische Ovationen gebracht. . . . Der erste Gang begann. Carpentier griff sofort an und gab Dempsey mit der linken Hand einen furchtbaren Backenstreich. Beide Gegner umfaßten einander, worauf Dempsey Carpentier mehrmals am Kopfe traf. Carpentier verfuhr mit der rechten Hand Dempsey zwischen den Augen einen Schlag zu versetzen, schlug aber fehl und traf ihn mit der Linken an die Wade. Carpentier stürzte sich abermals auf Dempsey, aber sein neuer Versuch gelang nicht. Dempsey verlegte Carpentier einen furchtbaren Schlag am Adamsapfel, und es gelang ihm auch, Carpentier noch mehrmals mit der Rechten an der linken Wade zu treffen. Carpentier wurde bis ans Seil zurückgeworfen, kam aber schwanzend zurück, wurde dann wieder an der linken Wade getroffen. Der erste Gang war damit beendet. Carpentiers Nase war schwer verletzt, und er blutete stark. Im zweiten Gang nahm Dempsey die Führung. Carpentier verlegte ihm aber einen furchtbaren Schlag auf die Nase. . . . Als der dritte Gang anfieng, war Carpentier sichtbar ermüdet. Er verteidigte sich hauptsächlich mit der Linken, und es gelang ihm auch einige Male, Dempsey an der Wade zu treffen. Carpentier machte mehrere Fehlschläge, dagegen gelang es Dempsey, Carpentier drei- bis viermal an der Wade und am Kopfe zu treffen. Auch der dritte Gang verlief ergebnislos. Der vierte Gang brachte die Entscheidung. Carpentier wurde dabei von Dempsey so getroffen, daß er knock-out geschlagen war. Dempsey nahm stürmische Ovationen entgegen. Carpentier konnte sich später wieder erheben und kam in die Mitte des Ringes zurück, wo Dempsey ihn wegen seiner sportlichen Leistungen beglückwünschte. Carpentier wurde dann von seinen Begleitern außerhalb des Ringes geführt. Er konnte zwar noch stehen, war aber, wie für jedermann deutlich war, furchtbar zugerichtet.

Dempsey hatte sofort nach Ablauf des Kampfes eine neue Herausforderung entgegenzunehmen. Diese wurde ihm überbracht von Johnson, dem Regierboxer und früheren Weltmeister, der sich im Gefängnis befindet. Die Behörden hatten Johnson gestattet, dem Wettkampf beizuwohnen.

Die Lichtsignale erleuchteten blühtartig einen furchterlichen Abgrund. Kann sich ein denkender und fühlender Mensch etwas Scheußlicheres denken, als die ekelhaften Szenen, über die die Presse mit solchem Enthusiasmus berichtet? Zwei vertierte Individuen, von denen nur die Zoologie feststellen kann, daß sie zu der Gattung Mensch gehören, prügeln aufeinander los, suchen mit ausgemachter Roheit Gesicht und Kehlkopf einander zu zerschlagen und sehen ihre Erzeße solange fort, bis der eine liegen bleibt. Tausende von Zuschauern sehen das, und statt die Verlohten voneinander zu trennen, bejubeln sie sie, feuern sie an und erfreuen sich an dem abstoßenden, ekelstregenden Schauspiel!

Die Kämpfe der römischen Gladiatoren erscheinen uns als Barbare. Aber die Gladiatoren waren Skaven oder Kriegsgefangene und kämpften nur gezwungen unter der Todesdrohung gegeneinander. Die Spanier erschienen uns immer verächtlich, weil sie den abscheulichen Grausamkeiten der Stierkämpfe Vergnügen abgemessen und sich an der erbarmungslosen Tierquälerei, an dem Gemehel der Pferde und Stiere, verlustierten. Noch niedriger und gemeiner als

Gladiatoren und Stierkämpfe sind die Veranstaltungen der Boxer.

Welcher Triumph der Macht des Geldes! Menschen geben sich freiwillig dazu her, verführt durch die Aussicht auf Gewinn, sich zu Kampfarten abzurichten, alles Menschliche in sich zu ertöten und aus sich zwei prügeln Maschinen zu machen. Die Gewalt steht nicht mehr im Dienste irgendeiner Idee, irgendeines Zweckes, sie ist nur mehr Roheit an sich. Und diese Gemeinheit findet die begeistertste Teilnahme in allen Kulturstaaten! Die kapitalistische Presse, die sich so oft und so völlig falsch rühmt, ein Kulturfaktor zu sein, wendet die raffiniertesten Mittel der Publizistik an, um diese verblödenen Anteilnahme an den Roheitserzessen zu fördern; um den Kreis möglichst weit zu ziehen, wird der Boxkampf gefilmt, und was sonst nur Täuflende in einem Zirkus, genießen jetzt Millionen im Kino. Die fortgeschrittensten Entdeckungen der Technik sind so in den Dienst der gefährlichsten Verrohung und Verblödung der Massen gestellt.

Man täusche sich nicht. Es sind nicht nur die Angehörigen der oberen Klassen, die, ermüdet von Wohlleben und abgestumpft durch einen überfeinerten Luxus, an diesen tierischen Darbietungen Gefallen finden; vor dieser Pest sind auch viele Arbeiter und kleine Leute nicht immun. Auch auf diesem Gebiete kann man das Wort von Marx anwenden: Die herrschenden Ideologien einer Zeit sind die Ideologien der herrschenden Klasse. Die Roheit des Boxerkampfes ist nur der Gipfel in einer Reihe von Vergnügungen, die man als Sportbetätigungen zusammenfaßt. Ein Sport, der nur Pflege der Selbstübungen bedeutete, die für den Städter so notwendig sind, wäre nicht nur harmlos, sondern nützlich und fördernd wert. Aber mit dem Sport verbindet sich die Geldsucht, führt dazu, daß Menschen sich berufsmäßig der Pflege ihrer Arm- und Wadenmuskeln widmen, daß die Geldgier, die Wettleidenschaft weite Kreise an den Ergebnissen der Muskelbildung interessiert, daß eine kulturfeindliche Presse gewissenlos diese Leidenschaft fortwährend steigert. So wächst das Interesse an den Sportbetätigungen, aus der harmlosen Betätigung des Dilettanten entwickelt sich eine sinnlose und schädliche Teilnahme an den Wettkämpfen von Ringkämpfern, Boxern und dergleichen. Und wer kann leugnen, daß diese Seuche sich immer mehr verbreitet, daß sie nachgerade zu einer Gefahr für unsere Kulturentwicklung wird? Statt zu lesen, statt an den Werken der Kunst sich zu begeistern, statt an den großen Problemen der Menschheit leidenschaftlich Anteil zu nehmen, beginnen schon unsere Jungen sich um die Ergebnisse eines Fußballspiels, eines Wettkampfens zu kümmern. Und die Namen der großen Ringer und Boxer sind weitaus populärer, als die unserer großen Künstler, Dichter und Gelehrten.

In alledem zeigt sich aber auch das Interesse, das der Kapitalismus und seine Presse an dieser Entwicklung nehmen. „Brot und Spiele“ den Plebejern zu schaffen, war die Regierungskunst der römischen Patrizier und Cäsaren. Sie wußten, daß, wenn die Plebs halbwegs gefättigt und durch die Spiele in guter Laune gehalten war, sie für ihre Herrschaft ungefährlich blieb. Dieselbe Maxime befolgt der Kapitalismus, unterstützt von einer Presse, die bar jeder Verantwortung, aus Geschäftsinteresse jeder, auch der schlimmsten Sensation, dient und so auf unerhört großem Maßstab die Verblödung der Massen fördert. Verächtlicher noch als diese Carpentier und Dempsey sind diese journalistischen Zubehälter der Boxer und Ringer und noch gefährlicher, weil erst durch ihr Wirken jene möglich sind.

Für die Arbeiterschaft ist diese ganze Entwicklung eine außerordentliche Gefahr. Sie ist es insbesondere jetzt, wo der Krieg die Menschheit in die Barbarei zurückgeworfen, alle üblen Instinkte geweckt, Roheit und Gewalttätigkeit zu heftiger Tugend verfaßelt hatte. Man sage nicht, daß für Deutschland die Gefahr noch nicht so groß sei, wie für Amerika, England oder Frankreich. Die großen Fortschritte, die hier in den letzten Jahren dank der Unterstützung der Presse und des Kinos gemacht worden sind, lassen erwarten, daß der Vorstoß bald eingeholt sein wird. Der Sozialismus aber hat allen Grund, sich darauf zu besinnen, daß es seine vornehmste Aufgabe ist, diesem Geist der Verrohung, diesem Kultus der Gewalttätigkeit, dieser Verherrlichung des Muskels, jenes hohen Ideal der Humanität, der Menschenwürde und

der Geistesentwicklung entgegenzusetzen. Denn nur in diesem Zeichen, nur in der Vertretung einer höheren Ethik, kann er siegen.

Die Reaktion marschiert

Ein unglaublicher Streich des Kultusministers

Preußen ist auf dem besten Wege, neben Bayern das Musterland der Reaktion zu werden. Zwar hat sich der Wunsch der Rechtsparteien, bei den Preußenwahlen eine überwältigende Mehrheit zu erlangen, nicht erfüllt. Aber das Kabinett Stegerwald, das unter der Flagge der Parteilosigkeit segelt, wird immer mehr zu einem gesüglichen Werkzeug in den Händen der extremsten Reaktionen. Herr Stegerwald genügt gleich bei seinem Amtsantritt das Vertrauen der beiden Rechtsparteien im Landtag. Sie hatten an ihm nichts auszusetzen. Bei Dominicus schreckte sie der Name „Demokrat“ etwas ab; sie fanden aber sehr bald, daß die Demokratie des Herrn Dominicus nur ein dünner Firnis auf der Haut eines ganz rechts gerichteten Politikers ist. Die sogenannten Sachmänner, die in das Kabinett Stegerwald mit eingetreten sind, betrachten sich gleichfalls als die Willensvollstrecker des deutschnationalen Parteiprogramms. Die Minister laufen gewissermaßen miteinander um die Wette, um der Reaktion zu zeigen, daß sie keine würdigeren Vertreter auf der Regierungsbühne setzen konnte.

Wie sich Herr Dominicus bemüht, alle Ansätze einer freisinnigen Ausgestaltung der inneren Verwaltung rückgängig zu machen, so ist jetzt auch der neue Kultusminister, Herr Becker, dabei, den Ansprüchen der reaktionären Parteien auf dem Gebiete des Schulwesens gerecht zu werden. Er hat jetzt die von seinem Vorgänger verfügte Verletzung des Direktors Burg von der Fürstin-Bismarck-Schule in Charlottenburg einfach rückgängig gemacht und damit gezeigt, daß auch in das Kultusministerium der Geist der schwärzesten Reaktion seinen Einzug gehalten hat. Der Fall Burg hat wiederholt die Öffentlichkeit beschäftigt. Dieser Herr, der sich Demokrat nennt, hat sein Schulamt ganz großlich zu Parteizwecken mißbraucht. Er wollte in allen Klassen durch Abstimmung die Wiederanbringung der Kaiserbilder ermöglichen. Die Reichsverfassung gefiel ihm nicht, und deshalb sollte auch in der Schule nicht über sie gesprochen werden. Schließlich verwendete er Wohlfahrts-gelder der Schule für eine Reise der Schülerinnen nach Friedrichsruhe, wo eine Bismarck-Guldigung mit ausgesprochenen nationalistischen Tendenzen stattfand. Bei der Untersuchung, die gegen den Direktor angestrengt wurde, arbeitete der Herr mit ganz unlauteren Mitteln gegen seine Kollegen. Eine ganze Reihe grober Vergehen, die sein Ansehen als Schuldirektor schwer schädigen mußten, wurden ihm nachgewiesen. Die schweren Vorwürfe, die dieserhalb in der Presse gegen ihn erhoben wurden, gaben Herrn Direktor Burg Veranlassung, die Klage gegen einen Redakteur einzuleiten. Der Staatsanwalt lehnte jedoch ein Eingreifen ab, ein Verhalten, das sicher nicht zugunsten des Herrn Direktor Burg sprach.

Im Interesse des inneren Friedens der Schule, verfügte dann Herr Haonisch die Veretzung des Direktors. Das gab ein großes Hallo im Berliner Blätterwald. Die reaktionäre Umgebung des Direktors Burg erging sich in groben Schmäherungen, die nicht nur in der deutschnationalen, sondern auch in der sogenannten demokratischen Presse einen Widerhall fanden. Die Deutschnationalen gar hielten den Fall für so wichtig, am im preussischen Landtag durch eine große Anfrage eine Parlamentarisation einzuleiten. Wenn sich Deutschnationale plötzlich für einen angeblich demokratischen Schuldirektor einsetzten, dann kann man sich von ungefähr denken, von welcher Art Demokratie ein solcher Schuldirektor erfüllt ist. Nun ist den Deutschnationalen durch den Kultusminister Dr. Becker die Miße des Antragens genommen worden. Die Ergebnisse der Untersuchung, die für Herrn Burg geradezu niederschmetternd waren, schaffte Herr Dr. Becker mit einem Federstrich aus der Welt. Die Empörung der Lehrer, die ihr Amt gewissenhaft ausfüllen und nun wieder gezwungen sind, mit dem Direktor Burg zusammen zu arbeiten, berücksichtigt Herr Becker nicht. Er weiß, daß sein Ministerposten von der Gnadensonne der Reaktion bestrahlt werden muß, wenn er ihn halten will. Und so führt er sich der Reaktion verpflichtet und tanzt, wenn sie pfeift.

Stegerwald, Dominicus und Becker: das ist die neue Dreiecksfront in Preußen. Jeder Tag ihres Regierungsbüchens bedeutet einen großen Schritt nach rückwärts. Was von Stegerwald und Dominicus zu erwarten ist, weiß heute in Preußen beinahe schon jedes politische Kind. Herr Becker hat mit der Erledigung des Falles Burg in einer den modernen Geist des Schulwesens geradezu kompromittierenden Art erst den Anfang gemacht. Wir werden bald weiteres von ihm hören.

Poller mit der Kaiserkrone

Der „West am Montag“ wird von einem bürgerlichen Politiker aus Kiel geschrieben:

Bei den Segelregatten der Kieler Woche sah man nur schwarz-weiß-rote Fahnen. Die Farben der deutschen Republik werden von diesen Sportsleuten, die meist dem früheren Seeoffizierskorps und dem Großhandel angehören, nicht geschätzt. Aber das größte Betremden erregte es doch, daß die Dampfjacht des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Poller eine schwarz-weiß-rote Flagge mit der Kaiserkrone führte. Herr Poller ist sicher ein guter Republikaner, aber er sollte auch die Verpflichtung fühlen, mit all den Neuschlichterleiten der ehemaligen Monarchie gründlich aufzuräumen. Die rechtsstehenden Kreise lassen jede Konzession an ihre Gewinnung doch nur als Schwäche und Feigheit auf. Und vielleicht mit Recht.“ Die Konzessionen an die Reaktion waren bisher ein wesentlicher Bestandteil der rechtssozialistischen Politik. Die Reaktion sollte dadurch beschwichtigt werden, sie wurde aber im Gegenteil immer herausfordernder. So ist es auch mit der Flaggenfrage. Wenn ein sozialdemokratischer Polizeipräsident sich schämt, die Farben der Republik zu führen und die Kaiserkrone als sein Banner wählt, dann kann es natürlich auch einem deutschnationalen Kapitän nicht verargt werden, wenn er die schwarz-weiß-rote Fahne aufzieht.

Der Vorstand des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes hat in seiner Sitzung vom 1. Juli einstimmig beschlossen, das Verhalten Paul Müllers, des Leiters der Reichsleitung der Seeleute, in der Frage aufschärfte zu rügen. Herr Müller hat daraufhin keine Funktion niedergelegt und auch seinen Austritt aus dem Verband erklärt.

Paul Müller war schon längst reich für einen Posten im Dienste des Unternehmertums. Es ist nur zu bedauern, daß dieser Schädling an der Arbeiterbewegung nicht schon längst beseitigt worden ist.

Der „deutsche“ Mord

Wie unsere Nationalisten besondere Begriffe von Gott haben, der natürlich nur ein alldeutscher Gott sein kann, so stützen sie den Begriff Mord auch für sich zurecht. Es gibt einen „deutschen“ Mord, der immer gerechtfertigt ist, sofern seine Opfer Arbeiter, Engländer und Franzosen sind. Einen solchen deutschen Mörder zur Rechenschaft zu ziehen, ist ein unerhörtes Verbrechen, widerspricht jeder Gerechtigkeit, schlägt der Gerechtigkeit ins Gesicht. Als Kessel, Marlow und die zahllosen anderen Militaristen ihre Schurkereien vollbracht, fanden sie lebhafteste Zustimmung bei unseren Nationalisten. Selbstverständlich sind auch die deutschen Kriegsverbrecher Helden. Und wenn gegen General Stenger, der den Befehl zum Erschießen gefangenener und verwundeter Franzosen gegeben hat, jetzt auf Verlangen der Entente prozessiert werden muß — nach der Erklärung des Reichsanwalts wäre ohne den Eingriff der Entente eine Prozessierung nicht erfolgt —, so entblödet sich die nationalistische Presse nicht, diese Schandtat eines Stenger in Schutz zu nehmen und ihn als das Muster eines deutschen Soldaten hinzustellen. Daß aber gar nach einer Anklage der „Daily Mail“ die beiden U-Boots-Offiziere Oberleutnant Boldt und Dittmar, die das britische Hospitalsschiff „Llandovery Castle“ versenkt und den Tod vieler Verwundeter verschuldet haben, wegen Mordes prozessiert werden sollen, bringt den „Berliner Lokal-Anzeiger“ ganz aus dem Häuschen. Er erblickt in dem Versenken des Hospitalsschiffes nur eine „aus dem Gefühl der Verantwortlichkeit geborene Handlung“ und eine militärische Notwendigkeit. Mord ist eben nach Ansicht des „Lokal-Anzeigers“ immer notwendig, wenn deutsche Offiziere und Gegenrevolutionäre die Mörder sind.

Alkohol

Bis in die Mitte der steil ansteigenden Straße stand das dicke, aufgeregte Menschenmännchen. Der Führer eines Straßenbahnwagens trat unauffällig die Signalglocke — vergeblich; die Masse wich nicht von der Stelle. Ab und zu ragte aus der Menge das starke Ende eines Peitschenstiemes hervor, der dann jedesmal wieder blitzschnell niederfiel.

In unmittelbarer Nähe stand eine leere Droschke. Das Pferd scharrte unruhig mit den Füßen. Etwa fünfzig Meter entfernt hielt ein, ebenfalls kutscherloser, großer Kastenwagen voller Getümpel.

Der Droschkenkutscher, ein Hüne von Gestalt, war ebenso wie sein Fahrgast stark angetrunken und mit dem nächsten Lenker des Kastenwagens aus irgendwelchen nichtigen Gründen in Streit geraten, der nun soweit gediehen war, daß der Droschkenkutscher in der brutalsten Weise auf seinen nächsten Kollegen einschlug. Beide lagen am Boden. Alle Versuche, die Streitenden auseinanderzubringen, blieben erfolglos. Da gelang es dem Kutscher, sich zu befreien. Der Kastenwagen setzte sich schon in Bewegung — die Pferde wurden von dem nachellenden Betrunknen angehalten und der Kutscher wieder mit Gewalt vom Wagen heruntergeholt. Keiner konnte es hindern. Die lebensgefährliche Schlägerei der schon über und über Blutenden begann von neuem.

Da bahnete sich ein alter, weishaariger Greis den Weg durch die erregten Umstehenden. „Aber lieber Mann“ — wandte er sich langsam, stöckend an den gerade wieder aufrechtstehenden Angezeiger — „Sie — Sie — werden mit altem Mann doch glauben, daß — ich keinem von Ihnen — beistehen kann — nur eins — möchte ich — hören Sie auf mich alten — Mann — lassen Sie — das Schlagen — fahren Sie ruhig nach — Hause.“ — Der Angezeiger hatte sich inzwischen umgewandt und saunte ebenso wie sein Fahrgast, der den schweren Mantel des Angreifers über den Arm hielt, den alten Mann an. Der andere Kutscher entfernte sich abermals und notierte dann noch einige Adressen. Der Alte hatte aufsehend seinen Zweck erreicht, doch als der Wüterich die kleine Menschengruppe mit seinem Gegner an der anderen Straßenecke gewahrte, raste er wieder hin, aber zu Handgreiflichkeiten kam es nicht mehr. Ein des Wegs kommender Beamter mit hoher, nagelneuer Mütze, sauber gearbeiteten grünen Uniform und geraden, edigen Achselstücken, der vorher, abseits der Menge, Worte fallen lies über — die Arbeiter und dabei die Tat des Betrunknen mit einbezog —, vor diesem Menschen blieb der betrunkene Hektulo stehen —, ließ die Arme mit dem zerbrochenen Peitschenstiel herunterhängen, ließ sich von dem Träger der hohen Mütze anschauen und zurechtflehen, gab ihm auf Verlangen seine volle Adresse an. Der Starkwahr wie gelähmt — —

Die Menge zerstreute sich. Die Wagen fuhren weiter. Ein Junge von etwa 15 Jahren, mit großen Kartons in einem grünen Tuch auf dem Rücken, sagte im Vorbeigehen: „... erst belauscht a sich, haut allens kaputt, un wenn a denn een paar blanke Knepp uff een jebiejesten Anzuch steht, steht a da wie 'ne Schiebsbudenfigur. Det sind schon Heiden! Aha — der Alkohol — — —“

Der Beamte mit der Uniform ging weiter in dem stolzen, sicheren Bewußtsein seines Einflusses, seiner Unentbehrlichkeit.

Wie traurig, dachte ich mir, vor blanken Knöpfen sich zu fürchten, aber vor der Stimme und den Mahnungen eines anständigen, edlen Greises ein elender Knote zu bleiben.

Otto Fottgieber

Schauspielerkämpfe und Handarbeiter. Aus Wien wird dem „Neuen Weg“ mitgeteilt: „Die Sperre über das Theater in Baden bei Wien wurde aufgehoben, weil der Direktor sich verpflichtete, ein Schauspielensemble ganzjährig zu engagieren. Diese Verpflichtung wurde ihm auch von der Gemeinde Baden auferlegt. Es ist ein voller Erfolg der Organisation zu verzeichnen. Während der zehn Monate Sperre wurde keine einzige Theatervorstellung veranstaltet. Die tatkräftigste Hilfe wurde dem Bühnendirektor bei der Beendigung des Kampfes durch die Handarbeiterkassette gebracht. Metallarbeiter, die mit der Einstellung des Gaswerkes und des Elektrizitätswerkes drohten, Gasthaus- und Kaffeehausangestellte, welche den Betriebsbetrieb lahmlegen konnten, Transportarbeiter und Bäderbedienstete haben sich mit dem österreichischen Bühnendirektor und dem Künstlerverband solidarisch erklärt und der Stadtgemeinde den Generalsstreik angedroht. Dieses prächtige, solidarische Vorgehen mit unserer Organisation verdient besondere Hervorhebung, insbesondere als Argument gegen den vielfach lautgewordenen Wunsch, die Schauspieler sollten jede Gemeinsamkeit mit den Handarbeitern ablehnen.“ — Auch für Deutschland ist dieser Erfolg von großem Interesse. Suchen doch die Schwerverdiener unter den Schauspielern und die Reaktionen der Theaterkritik die Deutsche Bühnengenossenschaft aus ihrer gewerkschaftlichen Organisation herauszureißen.

Warum wird bei Gewittern die Milch sauer? Jede Hausfrau hat zu ihrem Schaden oft genug die Erfahrung machen müssen, daß nichts so gefährlich für die Konservierung der Lebensmittel ist, wie ein Gewitter, das, selbst wenn es bei mäßigen Temperaturen auftritt, den Zerkleinerungsprozess von Fleisch und Milch ungleich rascher fördert, als es selbst große Hitze vermag. Am ehesten zeigt sich die Erscheinung bei der Milch. Wenn diese unmittelbar nach dem Gewitter gemolken, oder bei dem Transport von einem Gewitter heimgeführt wird, so darf man sicher sein, daß sie sauer und im Zustande beginnender Zerkleinerung an ihrem Bestimmungsort eintrifft. Ebenso wie sie in der Küche beim Gewitter gerinnt oder sauer wird. Es liegt nahe, daß diese merkwürdige Erscheinung auf elektrische Einwirkungen im allgemeinen und insbesondere auf das bei Gewittern auftretende Ozon zurückzuführen ist. Versuche, die seinerzeit nach dieser Richtung im

Pariser Pasteur-Institut vorgenommen wurden, haben indessen bewiesen, daß diese Annahme auf irrtümlichen Voraussetzungen beruht. Es gelang der Nachweis, daß selbst winzige Mengen saurer Milch genügen, um den Zerkleinerungsprozess der Milch wesentlich zu beschleunigen. Nun ist es aber bekannt, daß die Entladungen des Gewitters der Entwicklung der in der Erde befindlichen Gase den günstigsten Nährboden bereiten, woraus es sich auch erklärt, daß wir nach einem Gewitter den Erdboden rascher wahrzunehmen pflegen als vorher. Es lag also nahe, zwischen der durch das Gewitter verstärkten Ausdünnung des Bodens und dem beschleunigten Zerkleinerungsprozess der Milch und anderer Nahrungsmittel einen ursächlichen Zusammenhang anzunehmen. Um diesen Zusammenhang zu vermitteln, wurde am gleichen Ort und unter gleichen Umständen gleich alte Milch der Einwirkung der Bodenausdünnung einmal bei ruhiger Witterung und dann unmittelbar nach einem Gewitter ausgesetzt. Dabei wurde einwandfrei nachgewiesen, daß zwischen dem Tempo des Zerkleinerungsprozesses und der atmosphärischen Depression dieser Zusammenhänge tatsächlich besteht. Damit ist auch eine Erklärung für die Veränderungen gegeben, die man bei anderen organischen Stoffen, wie bei Fleisch und Wildpret, sowie bei der Zerkleinerung leicht unterliegenden Flüssigkeiten unmittelbar nach einem Gewitter beobachtet.

Gasangriff auf die Wägen. Der Weltkrieg, der ganze Armeen von Angezeiger, tierisches und menschliches, über die geplagte Menschheit ausschüttete, hat uns gelehrt, die Laus, den Floh und die Wanze beim rechten Namen zu nennen. Damit ist aber ein wesentliches Hindernis zu ihrer wirksamen Bekämpfung aus dem Wege geräumt. In Cassel hat man neuerdings festgestellt, daß in den Häusern der Altstadt das erste Gift der Wägen in den Bewohnern das Dasein verbittert. Der Magistrat hat daher einen großzügigen Vernichtungsfeldzug gegen das Ungeziefer eingeleitet und fordert alle Mieter und Hausbesitzer auf, verwanzte Wohnungen zur Anmeldung zu bringen. Ein eigens angestellter Ober-Desinfektor leitet als Generalissimus die Operationen gegen den blutdürstigen Feind, gegen den man die modernste aller Kriegsmethoden in Anwendung bringt: den Gasangriff. Die betreffenden Häuser werden regelrecht „vergas“ und die Erfolge, die man bisher mit diesem neuen Verfahren erzielt, sind vielversprechend.

Chorgeänge auf Straßen und Plätzen. Die Volkshilfe Groß-Hamburg beschäftigt in den Monaten Juli, August und September an geeigneten Abenden auf Hamburger Straßen und Plätzen Chorgeänge im Freien zu veranstalten. Mit dem Vortrag ausgewählter Stücke hofft man so in weiteren Kreisen des Volkes die Freude am Chorlied zu heben. Eine Reihe großer Hamburger Chorgesangsvereine haben ihre Chöre mit 200—400 Mitwirkenden dem Plan der Volkshilfe bereits zur Verfügung gestellt. Die Veranstaltungen sind unentgeltlich. Sie wollen, indem sie Straßenmusik im edelsten Sinne des Wortes geben, die Straße der künstlerischen Erziehung des Volkes dienstbar machen, ausgehend von dem Gedanken, daß, wer dem Volke Kunst bringen will, sich nicht darauf beschränken darf, es zu sich zu rufen, sondern es aufsuchen muß.

Landeskonferenz der sächsischen Rechtssozialisten

Drahtmeldung unseres Korrespondenten
Leipzig, 4. Juli.

Am Sonnabend trat die Landeskonferenz der Rechtssozialisten Sachsens zusammen. Im Mittelpunkt der Verhandlung stand die Frage, ob eine Einigung mit den Unabhängigen erstrebt werden solle bzw. zu erzielen sei. Es wurde schließlich folgende Resolution dazu angenommen:

„Die Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Sachsens erblickt im Einheitsstaat, der nach den Grundsätzen der Sozialdemokratie aufzubauen der deutschen Republik die Staatsform, durch die die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete bis auf die äußerste gesteigert werden kann und die in ihren Wirkungen dem gesamten Volke unbeschränkt zugute kommen soll.

Die Zustimmung beider sozialistischer Parteien zum Ultimatum und die Solidarität von Großkapital und Reaktion bei der Abwälzung der Lasten auf die Schultern des arbeitenden Volkes zwingen auch die Arbeiterklasse zur Herstellung einer starken politischen Einheitsfront.

Die gemeinschaftliche Regierungsarbeit beider sozialistischer Parteien in Sachsen hat bewiesen, daß die theoretischen und sächsischen Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen keineswegs mehr so groß sind, daß sie ein dauerndes Hindernis der Wiedervereinigung beider Parteien bilden müssen.

Die Landeskonferenz bekundet deshalb den festen Willen, die von den beiden sozialistischen Parteien gebildete Regierung zu halten und ihre Arbeit mit allen Kräften zu fördern, und schlägt deshalb vor, nichts unversucht zu lassen, um nicht nur im Landtage, sondern auch in den Gemeindeparlamenten Arbeitsgemeinschaften zu schaffen mit dem Ziele einer späteren organisierten Wiedervereinigung.

Bis zur Erreichung dieses Zieles werden Parteileitung und Fraktion ihre Tätigkeit entsprechend dem Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und den Beschlüssen ihrer Parteitage im Interesse der gesamten werktätigen Bevölkerung entfalten.

Bei einer Veränderung der politischen Lage, gleichwie in welcher Form, ist eine außerordentliche Landeskonferenz einzuberufen.

In der Diskussion traten Befürworter des Zusammenschlusses mit der Deutschen Volkspartei auf, fanden aber bei der Mehrheit der Teilnehmer keinen Anklang.

Sozialisten und Kommunisten in Frankreich

„Die sozialistische Einheit wird wieder kommen!“

Unter dieser Überschrift bespricht der „Populaire“ in einem Aufsatz zurücksehend die Spaltung von Tours und weist nach, daß 86 bis 99 Prozent aller, die für den Anschluss an Moskau gestimmt haben, weder Themen noch Bedingungen von Moskau gekannt haben. Die Abstimmung in Tours bei einem völligen Mißverständnis entsprungen. In der Tat habe die neue kommunistische Partei Frankreichs nur die Haltung der sozialistischen Partei fortgesetzt.

Der Aufsatz schließt: „Nach Abschüttelung der „sozialverräterischen und zentristischen Agenten der Bourgeoisie“ war der kommunistischen Partei der Weg zum Handeln frei. Worin bestand aber ihre Aktion? Was hat sie an den Methoden der alten Partei geändert? Was hat sie zugunsten der russischen Revolution und der Weltrevolution getan?

Die einzige Unterstützung bildeten oratorische Kundgebungen, die auf Drängen Krassins hin gemeinsam mit dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund und der Liga der Menschenrechte organisiert worden sind.

Die Reaktion gegen den Reformismus fand ihren vollen Ausdruck in einem von den 14 kommunistischen Abgeordneten unterzeichneten Gesetzesvorschlag. In diesem wurde die kapitalistische Gesellschaft als verfallend erklärt und als Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit die Erhöhung des Papiergeldumlaufes vorgeschlagen!!!

„Sprechen wir nun von der Erstarbung der Disziplin! Die Parteileitung verbietet mit Strenge jeden Kontakt mit der Bourgeoisie, aber in der Praxis geben sich kommunistische Kämpfer und Abgeordnete freudigen Herzens dieser Verbindung hin. Sie verdrängen sich mit Königsministern und Sozialverrätern, weisen patriotische Romane ein und ergeben sich unter dem wohlwandelnden Auge des Moskowitischen Direktoriums den schlimmsten Vertretern der bürgerlichen Regierung.“

Warum dann die Spaltung von Tours? In der ganzen Welt zerstreuen sich die ungefunten Einflüsse. Das sozialistische Proletariat lehnt sich kräftig auf. Nur die französische Arbeiter- und Bauernschaft scheint noch beträchtlich verunreinigt zu sein. Aber schon kündigen gewisse Erscheinungen an, daß die asiatische Grippe in unser Land im Anbruch ist. Der robuste gute Sinn des französischen Proletariats wird die Heilung vollenden. Die Stunde ist nah, da die aufstrebenden Sozialisten den schlechten Hirten nicht mehr folgen werden.

Die Ereignisse und die Bourgeoisie übernehmen es übrigens, immer besser darzutun, daß nur die Einheit der Arbeiterklasse, die sozialistische Einheit des Proletariats gestattet, wirksam um seine Befreiung zu arbeiten.“

Die Sabotage des Umlageverfahrens beginnt

Die schließliche Zustimmung der Agrarier zu dem Umlageverfahren ist erkauft worden durch die Zusicherung, daß seine Bestimmungen nicht mit der Schärfe gehandhabt werden sollen, wie das dem Wortlaut des Gesetzes entspricht. Ein Beweis dafür ist die Anordnung der Geschäftsabteilung der Reichsgetreideverwaltung, daß mit Inkrafttreten des neuen Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide eine totale Auflösung des bisherigen, mit der ständigen Kontrolle der äußeren Betriebsvorgänge beauftragten Ueberwachungsapparates durch Entlassung sämtlicher sachkundigen Außenbeamten zum 31. August 1921 stattfinden muß.

Gegen diese Maßnahmen der Geschäftsleitung hat der Betriebsrat gemäß § 1 des Betriebsrätegesetzes bei der Geschäftsleitung Vorstellungen erhoben, mit dem Hinweis darauf, daß auch nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes eine umfassende Unterstützung des rein kaufmännischen Innenendienstes durch sachverständige Außenkontrolle nicht entbehrt werden kann, wenn nicht die durch Einfügung des Umlageverfahrens keineswegs weniger verantwortliche Regelung der Brotversorgung völlig unmöglich werden soll.

Das Gesetz über das Umlageverfahren sieht auch in einer ganzen Reihe von Paragraphen solche Kontrollmaßnahmen vor, zu deren Ausübung die weitere Verwendung, wenigstens eines Teils, der Außenbeamten der Reichsgetreideverwaltung dringend notwendig ist. Wenn jetzt trotzdem unter Zustimmung des Ernährungsministeriums alle Außenbeamten sofort entlassen werden, so hört jede Kontrolle und damit jede Verwirklichung der gesetzlichen Ablieferungsverpflichtungen auf.

Die Anordnung der Reichsgetreideverwaltung ist deshalb der erste Sabotageakt gegen die Verwirklichung des Umlageverfahrens, er zeigt, daß dieses Gesetz wirklich nur auf dem Papier steht und nur verschleiern soll, was die Agrarier zu tun beabsichtigen, nämlich nichts abzulassen.

Der Weizen der Agrarier blüht

Jetzt, wo sie von Regierungsseite offen gestützt werden — unter dem Dominikus-Regime haben die zuständigen Landräte noch weniger als bisher Rückhalt, um ihnen entgegenzutreten zu können —, machen sie sich nicht mehr die Mühe, Rücksicht zu heucheln. Wir erhalten zum Beispiel aus Pommern einen kleinen Bericht, der die Lage der Landarbeiter gegenüber der Selbstsicherheit der Gutsherren recht bezeichnend schildert.

„Ich machte meine Verwandten aufmerksam auf die großen Getreideschäber, die auf dem Felde standen. Da wurde mir gesagt, daß das Getreide von der vorigen Ernte ist. Die große Scheune, die ich da sehe, die ist noch voll von ungedroschenem Getreide (Roggen) von der Ernte von 1919. Der Gutsherr ist Modrow, wohnt auf dem Hauptgut Cartun bei Schneidemühl. Diejem Gutbesitzer in die Gewerkschaften ein Dorn im Auge. In Prag hat er Leute entlassen, die Funktionen im Christlichen Landarbeiter-Verband hatten. In Cartun hat er Mitglieder des Deutschen Landarbeiter-Bandes entlassen. Die Entlassenen wohnen in den Gutshäusern, und von den übrigen Arbeitern verlangt er Ueberstundenarbeit.“

So nützen die Agrarier die Not der Landarbeiter und die des Volkes gleichermaßen aus.

Steuer-Moral

In der „Vossischen Zeitung“ veröffentlicht Justizrat Albert Pinner einige Glossen über das obige Thema. Wir geben nachfolgend einige davon wieder.

Vermögen ansammeln kann man bei unserer Steuerlast nur durch Steuerdefraudation. — Daher die vorbildliche Moral unserer neuen Reichen!

„Bleibe im Lande, so nähst du dich redlich; verschlebe ins Ausland, so nähst du dich besser! Dem Steuerflüchtigen geht es gedeihlicher, als dem Steuerpflichtigen.“

Die größte Schenswürdigkeit in Deutschland ist heute ein Auto, das nicht über Geschäftskosten läuft.

Es gibt bei der Steuererhebung unheimliche, verstandesmäßig nicht zu erklärende Tauschen: Nach dem Gesetz über die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs muß jeder seinen Vermögenszuwachs bis auf etwa 170 000 M. abgeben. Jeder kennt aber Leute, die vor dem Kriege nichts hatten, und im Kriege sich durch mehr oder weniger ehrliche Arbeit Millionen verdient haben. Diese mühten also nur 170 000 Mark abzugeben. Trotzdem leben sie wie vielfache Millionäre und bilden den mit Recht so beliebten Stand der neuen Reichen. — Wie ist dies möglich? — Es gibt eben mehr Dinge zwischen Himmel und Erde, als eure Schulweisheit sich träumen läßt. —

Die entlarvten Lügner

Kommunistische Gewerkschaftler gegen die „Rote Fahne“

Ueber die Vorgänge im Berliner Gewerkschaftshaus anlässlich der Arbeitslosen demonstration wagt es die „Rote Fahne“ nach wie vor, an ihrer verlogenen Darstellung der Vorkommnisse festzuhalten, trotzdem ihre Anhänger ihrer eigenen Partei als Augenzeugen diese Darstellung ganz entschieden bestritten. Nicht nur ihr bisheriger Parteigänger Kaspar hat sich mit aller Schärfe gegen die verlogene Darstellung der „Roten Fahne“ gewandt, sondern auch die meisten kommunistischen Mitglieder der Berliner Gewerkschaftskommission, die am 27. Juni in einer Plenarversammlung zu den Vorgängen Stellung nahmen.

Gegenüber dem von Räder gegebenen Bericht über die Vorgänge erklärte der Kommunist Richter die Behauptung auf, daß der Bericht der „Roten Fahne“ völlig den Tatsachen entsprochen hätte. Richter, Angehöriger der K. P. D., stellte auf Grund seiner eigenen Beobachtung dagegen fest, daß der Bericht der „Roten Fahne“ völlig verlogen ist. Nach seiner Ueberzeugung fanden sich unter den Demonstranten eine große Zahl von Strolchen und Provokateuren. Er brachte zum Ausdruck, daß die Versammlung absichtlich nach dem Mariannenplatz einberufen wurde, weil man damit rechne, daß die Vertreter der Gewerkschaftskommission es ablehnen würden, zu dieser Versammlung zu sprechen. Rothe erklärte ausdrücklich, daß mit wenigen Ausnahmen die kommunistischen Gewerkschaftsangehörigen von der Darstellung der „Roten Fahne“ weit abdrücken. Auch alle anderen Redner, die noch in der Plenarversammlung zu der Angelegenheit sprachen, wandten sich energisch gegen die lügenerische Darstellung der „Roten Fahne“ und billigten vollst. die Haltung der Gewerkschaftsangehörigen. Sie lehnten es alle einmütig ab, vor Anwesenden über die Tätigkeit der Gewerkschaften Rechenschaft abzulegen.

Ueber eine von Richter eingebrachte Resolution, in der das brutale Vorgehen der Berliner Gewerkschaftskommission verurteilt wird, wurde gegen vier Stimmen zur Tagesordnung übergegangen. Gegen sechs Stimmen wurde eine Entschließung angenommen, in der die Vorgänge, die sich im Gewerkschaftshaus abgespielt haben, auf das schärfste verurteilt werden. Weiter wird in der Resolution gesagt, daß der Ausschuss der Gewerkschaftskommission nur korrekt handle, wenn er es ablehne, unorganisierten, gewerkschaftsfeindlichen Elementen Rechenschaft über seine Tätigkeit zu geben. Diese könne nur von organisierten Arbeitern gefordert werden. Weiter wird der Ausschuss der Gewerkschaftskommission beauftragt, alle Maßnahmen zu ergreifen, um solche unerhörten Vorgänge unmöglich zu machen und das Eigentum der organisierten Berliner Arbeiter zu schützen.

Die Tatsache, daß dieser Resolution nicht nur von den Gewerkschaftsfunktionären, die politisch zur K. P. D. oder S. P. D. gehören, sondern auch von dem größten Teil der kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaftskommission zugestimmt wurde, liefert den einwandfreien Beweis, daß die „Rote Fahne“ ein schmutziges Lügenorgan ist. Ihre eigenen Parteigänger rüden von ihr ab!

Kommunistisches Allerteil

Am Donnerstag fanden in Leipzig sechs von unserer Partei einberufene und sehr stark besuchte Volksversammlungen gegen den Brotmangel und die Steuerpläne der Regierung statt. In allen Versammlungen beteiligten sich die Kommunisten in der üblichen Weise an der Diskussion. In einer der Versammlungen sprach der Redakteur des Leipziger kommunistischen Blattes, Wild. Ihm entzückten einige Bemerkungen, die festgehalten zu werden verdienen. Welche Opportunisten diese Revolutionäre sind, verriet Wild, als er ausführte, die Kommunisten nähmen prinzipiell eigentlich eine ganz andere Haltung ein, sie hätten aber gemeinsam mit der S. P. D. und U. S. P. D. bei der Regelung der Getreidewirtschaft gestimmt, weil die Massen eine andere Haltung nicht verstanden hätten! So sieht also die prinzipielle kommunistische Politik aus! Noch bemerkenswerter war ein Zwischenruf, den er machte, als von dem aufgetretenen Brandler vor Gericht die Rede war. Da rief er: „Brandler hat eben den

Nichtern nicht die Wahrheit gesagt!“ Er bestätigte also, daß dieser „Heid“ Brandler, der vorher das größte Maul hatte und in Versammlungen andere als „Konterrevolutionäre“ beschimpfte, die keinen Rat haben, vor Gericht ein elender Feigling gewesen ist, der nur, um sich von der Verantwortung zu drücken, kniff. In einer anderen Versammlung sprach Reinhard Schönlanck zur Diskussion. Er erklärte, die Arbeiter müssen sich international organisieren, entweder in der dritten Internationalen oder in einer anderen!

Nun kann die Zentrale wieder mal ein Ausschlußverfahren einleiten.

Die Sozialisierung des Bergbaues

Unsere Genossen haben bei der Beratung des Bergelates im preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht: „Der Landtag wolle beschließen, das preussische Staatsministerium zu beauftragen, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß ein Gesetz über die Sozialisierung des deutschen Bergbaues nach dem Vorschlag I der Sozialisierungskommission dem Reichstag bald vorgelegt wird.“

Eine Fälschung

Vom Genossen Tscheldse wird uns folgende Erklärung zugehant:

Hierdurch erkläre ich, daß der in der kommunistischen Presse veröffentlichte Brief aus dem Jahre 1917, der angeblich von mir als Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrats von Petersburg unterschrieben und an den Genossen Ledebour gerichtet sein soll, eine Fälschung ist. Ich habe niemals einen derartigen Brief an den Genossen Ledebour abgeschickt. Berlin, 2. Juli 1921. A. Tscheldse.

Druckfehlerberichtigung. In dem Artikel von R. Kautsky: „Nochmals die deutsche Schuld“ in unserer Sonntagsausgabe heißt es gegen den Schluß des ersten Abschnittes, daß die Kriegspartei in der Umgebung Wilhelms durch die Rüstungspolitik „sehr gefährdet wurde“. Die Stelle muß richtig lauten, daß die Kriegspartei durch die Rüstungspolitik „sehr gefördert wurde“.

Genosse Paul Hennig ist am 1. Juli aus der Redaktion unseres Parteiblattes in Halle, der „Volkszeitung“, ausgeschieden und hat mit dem gleichen Termin die politische Leitung der „Unabhängigen Volkszeitung“ in Dresden übernommen. Genosse Hennig war 12 Jahre in Halle als leitender Redakteur tätig gewesen.

Japan beschlagnahmt kein deutsches Eigentum. Die japanische Regierung hat dem Auswärtigen Amt in Berlin davon Mitteilung gemacht, daß sie auch für den Fall, daß Deutschland vorläufig seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, nicht beabsichtigt, auf Grund des Verfallens der Verträge das Eigentum deutscher Staatsangehöriger mit Beschlag zu legen. Dieser Verzicht bezieht sich auf alle deutschen Güter, die sich in Japan oder in den von ihm verwalteten Gebieten befinden und läßt nicht ausdrücklich Panikonten, sowie Waren, die sich an Bord japanischer Schiffe befinden oder in Konsignation nach Japan gesandt worden sind, ein.

Die französische sozialistische Kammerfraktion hat einen Antrag eingebracht, um die Revision aller Urteile zu erlangen, die während des Krieges oder später von Standgerichten oder Kriegsgerichten erlassen wurden und auf Todesstrafe oder auf entehrende Strafen lauteten. Diese Revisionen sollen durch einen besonderen Gerichtshof durchgeführt werden.

Groß-Berlin

Der Straßenbettel

Gegen den Bettel auf der Straße soll eingeschritten werden. Anlaß dazu gab eine Beschwerde eines Abgeordneten im Haushaltsausschuß des preussischen Landtages. Diesem Ratte hatten es die vielen Leute angetan, die an besonders verkehrsreichen Stellen als Kriegsbeschädigte, Kriegsblinde, Krüppel und andere das Mitleid der Passanten erwecken. Es wurde behauptet, daß manche dieser Leute sehr respektable Tageseinnahmen zusammenbetteln und daß sie sich vielfach besser fänden als viele Arbeitenden. Es läge im Interesse der Kriegsbeschädigten, wenn diesem Zustande ein Ende gemacht würde. Eine Eingabe eines Kriegsbeschädigtenvereins unterstützte die Forderung nach Beseitigung des Straßenbettelns. Der Minister des Innern, Herr Dominicus, erklärte, daß auch die Regierung der Ansicht sei, daß diese Bettler von den Straßen Berlins verschwinden müsse. Zu diesem Zwecke werde sich die Regierung mit dem Magistrat in Berlin in Verbindung setzen, der in geeigneten Fällen durch Unterstellung dieser Personen unter die Armenpflege fürsorgerische Maßnahmen treffen soll.

Da wird wohl nächstens eine Rogd der Schupo gegen die vielen armen Teufel einsetzen, die sich ihren Lebensunterhalt zusammenbetteln. Gewiß ist der jetzige Zustand kein sehr erheben-der, aber das Elend wird nicht beseitigt, wenn es zwangswelke von den Straßen getrieben wird. Das mancher Mißbrauch mit dem Mitleid getrieben wird, liegt im Wesen der Sache, aber die Gesellschaft muß die Pflicht nicht nur anerkennen, für die Notleidenden zu sorgen, sie muß dieser Pflicht auch genügend nachkommen.

Das Urteil im Nordprozeß Fiehmer

In dem Nordprozeß Fiehmer wurden den Geschworenen 20 Schuldfragen vorgelegt. Kurz vor 1 Uhr nachts wurde das Urteil verkündet, und zwar wurden auf Grund des Spruches der Geschworenen verurteilt:

die Mutter wegen verübten Mordes und der anderen Nebenpunkte der Anklage zu 11 Jahren Zuchthaus und sechs Wochen Haft;

die Tochter wegen Beihilfe zu sechs Jahren Zuchthaus und sechs Wochen Haft. Beiden wurde ein Jahr als verbüßt angerechnet und auf 10 Jahre der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkannt.

Die beiden Frauen nahmen das Urteil ohne allzugroße Gemütsbewegung auf. Sie wurden dann schnell aus dem Gerichtssaal herausgeführt.

Bandenüberfall in Wilmersdorf

Als in der Nacht zum Sonntag die Wilmersdorfer Schühene die ihre Stiftungsfest feierte, versuchten etwa 30 junge Burschen, die zu der berühmten und gefährlichen „Kaiserkolonne“, einer aus Schwerverbrechern bestehenden Gesellschaft, gehören, in den Saal einzudringen. Mitglieder der Schühene, die die drohende Gefahr sahen, alarmierten sofort weitere Mitglieder, und die Eindringlinge wurden zurückgeschlagen. Zum Schutze gegen eine Wiederholung des Ueberfalles wurden vier Mitglieder der Gilde, zwei Feuerwehrleute und zwei Schupo-beamte vor den Eingängen des Saales aufgestellt.

Etwas eine halbe Stunde später drangen die Banditen dennoch zum zweitenmal ganz überraschend ein. Nach eifrigem auf verschiedenen Wegen nach dem Saal, wo sie die Wache nieder-schlugen und in den Saal eindrangen. Es entstand eine furchterliche Panik, da die Banditen, über 30 Mann, mit vorgehaltenen Revolvern, geschwungenen Brech- und Eisenschnagen über die Anwesenden herfielen und sie bedrohten, wenn sie ihnen nicht gutwillig ihre Wertsachen geben würden. Es entstand eine wilde Schlägerei. Zwei Schupo-polisten alarmierten die nächste Wache. Sie griff sofort mit gezogenen Seitengewehren

